



- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Potsdam, den 06.12.2021

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Brandenburg-Berlin e.V.
Drewitzer Str. 47
14478 Potsdam
Tel.: 0331 810306
Fax: 0331 8170835

Pressemitteilung

Die Ostdeutschen Unternehmensverbände fordern eine Verschiebung der geplanten Mindestloohnerhöhung und keine Aushebelung der Mindestlohn-Kommission über politisch verordnete Lohnsteigerungen

Die neue Bundesregierung setzt mitten in der Pandemie mit einem schweren Eingriff in die Tarifautonomie eine Lohnspirale nach oben in Gang. Und dass, ohne Rücksicht auf die Folgen für die coronageschwächte Wirtschaft zu nehmen, ohne Differenzierung von branchenspezifischen Gegebenheiten und ist vor allem eins, selbst Nutznießer.

Sprecher der IG und Präsident des UV Brandenburg-Berlin Burkhardt Geiff: *“Die Ampel-Koalition legt, noch bevor sie richtig im Amt ist, einen politischen Stil an den Tag, der einmalig ist. Mit der Mindestlohn-Kommission gibt es eine sozialpartnerschaftlich organisierte und paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft besetzte Institution, der die Aufgabe der Findung von Lohnhöhen und deren Anpassung obliegt. Man hebt jedoch den gängigen und vorgesehenen institutionellen Prozess aus und verordnet, rein politisch motiviert, eine enorme Steigerung des Mindestlohns.“*

Laut Koalitionsvertrag von SPD, Die Grünen und FDP sollen 12 Euro Mindestlohn für alle Branchen kommen und das bereits im Jahr 2022. Das geforderte höhere Einkommen betrafe 8-10 Millionen Beschäftigte in Deutschland, wobei über die steigenden Steuern und Sozialabgaben vor allem der Staat selbst Nutznießer ist. Wenn man berücksichtigt, dass rund 25 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes aus der Lohnsteuer kommen, dann wird klar, wie die Finanzierung vieler Vorhaben der neuen Regierung von statten gehen soll. Über ein dickes Plus an Steuereinnahmen, wie man sie mit der Mindestloohnerhöhung elegant und „unzweifelhaft zum Wohle aller“ anordnen will. Ginge es wirklich um die Besserstellung der Beschäftigten im Niedriglohnbereich, wäre ein Senkung der Steuern und Sozialabgaben für diese Einkommensgruppen ebenso ein Weg, um „mehr Netto vom Brutto“ zu erreichen und entlastet damit strauchelnde Wirtschaftszweige.

In einigen Branchen wären die Lohnsteigerungen enorm und würden bis zu 20 Prozent des Einkommens ausmachen. Steigerungen in unteren Lohngruppen für Ungelernte oder Hilfskräfte machen Lohnsteigerungen für die Fachkräfte notwendig. So wird es notwendigerweise auch zu Erhöhungen in den (bisher) darüberliegenden Lohn- und Gehaltsstufen kommen, nicht zuletzt, um diese von den Mindestlohneinkommen abzugrenzen. Ferner wird sich hierdurch mittelfristig – besonders nach dieser Kette von Gehaltssteigerungen – ein weiterer Inflationstreiber entwickeln. Preise für Produkte und Dienstleistungen müssten sich um mindestens 7 Prozent erhöhen.

In Zeiten von Wirtschaftskrise und hoher Inflationsrate in Deutschland (im November 5,2 Prozent, Tendenz steigend) ist das ein fatales Signal an die Wirtschaft. Akuter Fachkräftemangel belastet alle Bereiche der Wirtschaft, Material-, Energie- und Transportkosten steigen enorm und die noch nicht abschätzbaren weiteren Kosten der Energiewende werden auf lange Sicht zu tragen sein. Akut ist zusätzlich die Pandemie zu bewältigen. Während ein erneutes Herunterfahren vieler Bereiche droht und wieder Überbrückungshilfen zum Überleben nötig sein werden, flattern parallel die Abrechnungen und mögliche Rückforderungen bei Kurzarbeitergeld und Überbrückungshilfen in die Unternehmen. Viele befinden sich an der Grenze der finanziellen Belastbarkeit. Hier trifft es mittlerweile Unternehmen jeder Größe und aus allen Branchen in verschiedener Weise, jedoch einige Branchen erneut besonders hart.

Sprecher der IG:
Dr. Burkhardt Geiff
Präsident

Unternehmerverband
Brandenburg-Berlin e.V.
Drewitzer Str. 47
14478 Potsdam

Stellvertretender
Sprecher der IG:
Amin Pempe
Präsident

Unternehmerverband
Berlin e.V.
Leunaer Straße 7
12681 Berlin



Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
Drewitzer Str. 47 • 14478 Potsdam

- Untermehrmverband Berlin e.V.
- Untermehrmverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Untermehrmverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Untermehrmverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Untermehrmverband Sachsen e.V.
- Untermehrmverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Untermehrmverband Thüringen e.V.
- Untermehrmverband Vorpommern e.V.

Kontaktbüro der IG:

Untermehrmverband
Brandenburg-Berlin e.V.
Drewitzer Str. 47
14478 Potsdam
Tel.: 0331 810306
Fax: 0331 8170835

Nun drohen die Koalitionäre über den Mindestlohn mit zusätzlichen Belastungen, die besonders Firmen im Dienstleistungssektor und Niedriglohnbereich trifft – eben genau jene, die auf Grund der Pandemie schwer um das Überleben kämpfen und zum Wohle aller geschlossen werden oder nun mit 2Gplus kaum mehr wirtschaftlich arbeiten können.

Der Mindestlohn – eigentlich Sache der Mindestlohnkommission – wird politisch durchgesetzt und schwächt eine coronageschädigte zusätzlich enorm. Firmeninsolvenzen, Schließungen von Standorten, Abbau von Mitarbeitern und deutliche Preiserhöhungen werden die Folge sein, die am Ende auch die Verbraucher treffen werden.

Die aktuellen Pläne zum Mindestlohn nehmen keine Rücksicht auf die wirtschaftlich äußerst angespannte Lage, berücksichtigen nicht die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Branchen und kommen zum unangemessenen Zeitpunkt. Die Mindestlohngrenzen wurden in den letzten Jahren bereits für alle Branchen angehoben, jedoch auf Grundlage der über eine Mindestlohnkommission fundiert getroffenen Entscheidung über Höhe und Zeitpunkt. Nun beschließt die Politik einen eigenen Mindestlohn und meint, es besser zu wissen.

Dr. Burkhardt Greiff
Sprecher der Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

Sprecher der IG:
Dr. Burkhardt Geiff
Präsident

Untermehrmverband
Brandenburg-Berlin e.V.
Drewitzer Str. 47
14478 Potsdam

Stellvertretender
Sprecher der IG:
Amin Pempe
Präsident

Untermehrmverband
Berlin e.V.
Leunaer Straße 7
12681 Berlin